

Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik

Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank

Oktober 1989
Tristan Abromeit

Anhang II

Inhalt:

Prospekt von Schriften von Helmut Creutz: Welche Rolle spielt das Geld?

Prof. Dr. Dieter Suhr Universität Augsburg: VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA "GELD",

Karl Walker: Das Buchgeld, Vorwort von Otto Lautenbach, Einleitung von Walker

Karl Walker: Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes
Vorwort des Herausgebers Otto Lautenbach
Vorwort des Verfassers

Artur Woll: Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität
Empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem

FAZ: Bargeld stört Geldmengenpolitik
Eine Untersuchung der Schweizerischen Nationalbank

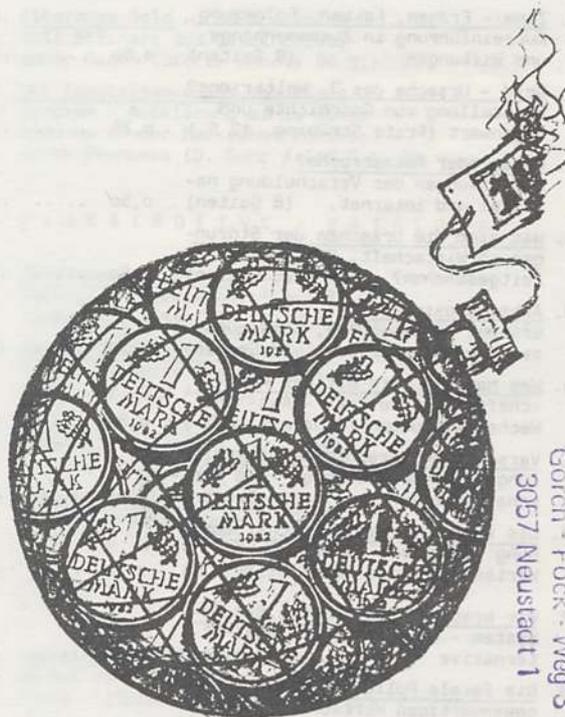
Oswald Hahn: Beklagte, unerkannte und fehlende Bargeldsorgen der Deutschen Bundesbank

HAZ: „Macht der Banken überschätzt“

ZfsÖ: Der „Keynes-Plan“ zur Ordnung der Weltwirtschaft

Auszüge aus: Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute, 1900

WELCHE ROLLE SPIELT DAS GELD ?



Tristan Abromeit
Gorch - Fock - Weg 3
3057 Neustadt 1

"Immer dann, wenn es in der ökonomischen Realität anders zugeht, als es die Modelle der Wirtschaftslehrbücher vorschreiben, sollten die Ökonomen, statt in der Rumpelkammer überholter Theorien herumzustöbern, nach den monetären Ursachen der Krise fahnden."

Wilhelm Hankel

Anlage II. 7.

..informieren Sie sich!

Aktueller und Umfangreicher in dem Buch

Das Geldsyndrom
Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft
von
Helmut Creutz

VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA "GELD"

I. Selbständige Schriften

1. Geld ohne Mehrwert. Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt a.M., 1983, 143 S.
(Beim Verlag vergriffen. Noch zu beziehen durch: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 7325 Boll.)
2. Optimale Liquidität. Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept. (Zusammen mit Hugo Godschalk) Fritz Knapp Verlag, Frankfurt a.M., 1986, 156 S.
3. Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft. Basis Verlag, Berlin 1986, 76 S.
4. Der Kapitalismus als monetäres Syndrom. Aufklärung eines Widerspruches in der marxschen politischen Ökonomie. Campus Verlag, Frankfurt und New York 1988. 106 S.
5. Alterndes Geld. Das Konzept Rudolf Steiners aus geldtheoretischer Sicht. Novalis Verlag, Schaffhausen 1988, 98 S.
6. The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money. An Analysis of Money's Structural Nonneutrality and its Effects on the Economy. (Studies in Contemporary Economics, edited by D. Bös, G. Bombach, B. Gahlen, K.W. Rothschild) Berlin, Heidelberg, New York, London, Paris, Tokyo: Springer, 1989. x + 136 S.

II. Beiträge

1. Geldordnungspolitik aus der Sicht des Grundgesetzes. In: Fragen der Freiheit (herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung. Badstr. 35, 7325 Boll), Heft 161 (März/April 1983), S. 3-21.
2. Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht. In: Joachim Starbatty (Hrsg.), Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft, J.C.B.Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1982, S. 91-116.
3. Gerechtes Geld. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (ARSP), Vol. LXIX (1983), Heft 3, S. 323-339.
4. Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertssyndroms. In:
 1. Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP), 1983, Heft 9. S. 221-227.
 2. Fragen der Freiheit (herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 7325 Boll), Heft 165 (November/Dezember 1983), S. 3-22.
 3. Helmut Creutz, Dieter Suhr, Werner Onken: Wachstum bis zur Krise. Basis Verlag,

Berlin. 1986, S. 41-62.

5. Das Rezept von Wörgl für die Krise von heute? In: Fragen der Freiheit, (herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 7325 Boll) Heft 162 (Mai/Juni 1983), S. 4-9.
6. Die Geldverfassung im System der Bedürfnisse. Plädoyer der praktischen Vernunft für einen postkapitalistischen Monetarismus. In:
 1. Hegel-Jahrbuch 1984/85 (1988), S. 55-69.
 2. Mit geringfügigen Änderungen auch in Dieter Suhr: Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Basis Verlag, Berlin, 1986, S. 23-42.
7. Wie der junge König geliehenem Geld beibrachte, die Zinsen selbst zu zahlen. In:
 1. UniPress (herausgegeben im Auftrag des Senats der Universität Augsburg) Heft 3/1984. S. 21-23.
 2. Frei-Wirtschaft (Linz, Österreich) Heft 2 (Juni 1986), S. 3-5.
8. Plädoyer für eine neue Geldordnung. Eine keynesianische Alternative zum Keynesianismus. In: Projektgruppe Grüner Morgentau (Hrsg.): Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik. Ansätze zur Kultivierung von ökonomischem Neuland. Campus Verlag, Frankfurt / New York, 1986, S. 431-461.
9. Monetäre Voraussetzungen für eine Annäherung von ökonomischer und ökologischer Rationalität. In:
 1. Zeitschrift für Sozialökonomie, 68. Folge, 23. Jahrgang, März 1986, S. 9-18.
 2. Dieter Suhr: Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Basis Verlag, Berlin, 1986, S. 43-60.
10. Durch Selbsthilfe zu Wirtschaftsbelebung und Arbeitsplätzen. Konzept für eine optimale Kredit- und Liquiditätsversorgung. In: Dieter Suhr: Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Basis Verlag, Berlin, 1986, S. 61-76.
11. Der Streit um den Mehrwert. Erinnerung an Marx, Proudhon und Gesell. In: Dieter Suhr: Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Basisverlag, Berlin, 1986, S. 11-22. (Weitgehend identisch mit S. 12-22, 26-27 von "Geld ohne Mehrwert", oben Nr. 1.1.)
12. Silvio Gesell als Liquiditäts- und Transaktionskostentheoretiker. In: Zeitschrift für Sozialökonomie, 74. Folge, 24. Jahrgang, September 1987, S. 25-27.
13. Geld und Friedenssicherung. Überlegungen zum Verschuldungsproblem und zu strukturellen Ungerechtigkeiten im Geldsystem. In: die kommenden, 42. Jahrgang, Heft 3 (März 1988), S. 18-22.
14. Die sanfte Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. In: Allgemeine Homöopathische Zeitung, 1988, Heft 2 und 3, S. 60-65, 97-103.
15. Die Disparität zwischen Grenznutzen und Grenzkosten beim Geld als Ursache für Disparitäten zwischen Angebot und Nachfrage. (Referat auf einer Tagung des Ifo-Institutes über Sättigungstendenzen in Kochel im März 1988. Zur Veröffentlichung im Tagungsband vorgesehen.)

16. Die kapitalistische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als Problem des Geldsystems. (Referat auf einer Tagung über "Civil Society" in Rynia bei Warschau im Oktober 1987. Erscheint in Polnisch im Sammelband der Tagung.)
17. Der Kapitalismus als Problem nicht der Eigentumsverhältnisse sondern des Geldsystems. (Beitrag für einen polnischen Sammelband.)
18. Die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. In: 125. Geburtstag von Silvio Gesell, Vorträge der Tagung in St. Vith 1987. Hrsg. von der Internationalen Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung (Jakobstr. 54, D-7750 Konstanz), o.O. und o.J. (1988), S. 92-119.
19. Unser Tägliche Geld und sein Zins. In: *Contraste*, Nr. 48 (Jg. 5), Sept. 1988, S. 8.
20. Ein Vorschlag von Keynes für den IWF. In: *Contraste*, Nr. 48 (Jg. 5), Sept. 1988, S. 8.
21. Netzwerk neutrales Geld: Eine Finanzinnovation durch Selbsthilfe. In: *Contraste*, Nr. 48 (Jg. 5); Sept. 1988, S. 8.
22. Kritik der modernen Geld- und Zinstheorie. (Bislang unveröffentlichter Vortrag)

Die vorstehende Serie von Publikationen zum Thema Geld wurde ausgelöst durch die Bitte, auf dem Symposium "Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft", veranstaltet vom Walter Eucken Institut, Freiburg i.Br. und vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll, einen Vortrag zu halten über "Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht". Daraus ging ein Vortrag (oben Nr. 11.1.) hervor, der in stark überarbeiteter Form im Sammelband des Symposiums abgedruckt wurde (oben Nr. II.2). Weil mir von Seiten der Fachökonomie keine ausreichenden Antworten auf einschlägige Fragen gegeben wurden, mußten eigene Forschungen weiterführen, aus denen das Buch "Geld ohne Mehrwert" hervorging (oben Nr. 1.1). Nach Fertigstellung dieses Manuskripts entstanden die Ausarbeitungen in verschiedenen Richtungen: "Gerechtes Geld" (oben Nr. 11.3, - ein Vortrag auf dem Kongreß "Arbeit, Geldordnung, Staatsfinanzen", veranstaltet von der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, 12.-15.5.1983 in Wörgl, Tirol) und "Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft" (oben Nr. 11.4). Auf dem Internationalen Hegelkongreß der Internationalen Hegelgesellschaft in Rotterdam vom 16.-19.4.1984 wurde "Die Geldverfassung im System der Bedürfnisse" vorgetragen (oben 11.6.).

Frühere Stellungnahmen zum Thema "Geld", die das Geld aus verfassungsrechtlicher Sicht als ein Instrument ökonomischer Freiheit und als Verkörperung von Eigentumstauschwert betreffen, finden sich in:

1. Eigentumsinstitut und Aktieneigentum. Eine verfassungsrechtliche Analyse des aktienrechtlich organisierten Eigentums. Ludwig Appel Verlag, Hamburg, 1966, S. 22-26.

2. Entfaltung der Menschen durch die Menschen. Zur Grundrechtsdogmatik der Persönlichkeitsentfaltung, der Übungsgemeinschaften und des Eigentums. Duncker & Humblot, Berlin, 1976, S. 189-191.

Neuere Berücksichtigung der geldtheoretischen Erkenntnisse in verfassungsrechtlichem Zusammenhang:

1. Freiheit durch Geselligkeit. In: Europäische Grundrechtszeitschrift (EuGRZ) Heft 20 vom 30.11.1984, S. 529-546, 539, 544.

2. Organisierte Ausübung mediatisierter Grundrechte im Unternehmen. In: Arbeit und Recht (AuR) 36 (1988), S. 65-77, insbesondere 71-74.

3. Gleiche Freiheit. Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft. Lothar Mette Verlag, Augsburg, 1988, S. 67-94.

4. Transferausbeutung und verfassungsrechtlicher Schutz von Familien, Müttern und Kindern. Voraussichtlich in: Der Staat, Heft 1/1990.

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Eine Schriftenreihe • Herausgegeben von Otto Lautenbach

DAS BUCHGELD

Ein Beitrag zur theoretischen Klärung

Von
KARL WALKER

VITA-VERLAG • HEIDELBERGZIEGELHAUSEN

Copyright 1951 by VITA-VERLAG, Heidelberg-Ziegelhausen. - Alle Rechte beim Verlag. — Gesamtherstellung; E. Schwendsche Buchdruckerei KG., Schw&b. Hall. Printed in Germany,

Inhalt

	Seite
Vorwort	7
Einleitung	9
Zur Begriffsbestimmung von „Geld“ und „Kapital“	11
Wie entsteht „Buchgeld“?	23
Autogenese und Parthenogenese	30
Das Mengenverhältnis zwischen Bargeld und Buchgeld und seine Veränderungen	34
Sinn und Technik des Überweisungsverkehrs	43
Der Einfluß des Bargeldes auf die Preisbildung	54
Kann das Bargeld vom Buchgeld verdrängt werden?	60
Wie kommt die Preisbewegung in der Produktionssphäre zustande?	65
Kredit- und währungspolitische Projekte auf strittiger Grundlage	69
Kreditschöpfung mittels Girobankschein	69
Buchgeldschöpfung auf 10%iger Bargeldgrundlage	70
Gesetzliche Regulierung des Kreditvolumens	71
Der „Chicago-Plan“ — 100% ige Deckung des Buchgeldes	76
Fragen und Antworten zur Schnellorientierung	79
Literatur- und Quellenverzeichnis	87

Vorwort

Die vorliegende Arbeit von Karl Walker war als Manuskript bereits im Jahre 1943 abgeschlossen. Ein Kapitel daraus ist im Juni 1943 in Heft 13/14 der Zeitschrift „Schule der Freiheit“ veröffentlicht worden.

Karl Walker hielt auf der Grundlage des Manuskriptes einen Vortrag über das Thema auf dem Internationalen Freiwirtschaftlichen Kongreß in Basel im Juni 1948,

Der Verfasser hat das Manuskript in der Zwischenzeit überarbeitet, ohne die Grundlinie der Gedankenführung anzutasten; nur in Einzelheiten hat er Veränderungen, meist Erweiterungen, vorgenommen.

Das Manuskript ist also älter als die Gesellschaft, die es hier im Druck vorlegt. Die Gesellschaft betrachtet die Arbeit deshalb als eingebrachtes Gut des Verfassers und sie rechnet es sich als Ehre an, das Werk vorlegen zu können.

Wir sind überzeugt, daß die Gedankenführung Walkers dazu beitragen wird, die moderne Kredittheorie kritisch zu prüfen. Diese beansprucht heute Allgemeingültigkeit, ohne bis jetzt schlüssig und eindeutig formuliert zu sein. Eine Konfrontierung mit der hier dargestellten Theorie des „Buchgeldes“ wird auch für die moderne Kredittheorie von Vorteil sein können.

Wir wollen nur eine, uns allerdings sehr wichtig erscheinende Anregung für die Diskussion dieser Fragen geben; die meisten Autoren beschäftigen sich mit dem Bankkredit, den Sparguthaben und den Investitionen so intensiv, daß sie oft die Grundlage aller wirtschaftlichen Tätigkeit nicht mehr sehen; den Tauschvorgang, in den sich alle wirtschaftliche Tätigkeit von der Urproduktion bis zum letzten Konsumentenkauf auflösen läßt. Von hier aus gesehen bekommen die wirtschaftlichen Vorgänge ein der Wirklichkeit ähnlicheres Gesicht, als wenn sie aus der verengernden Sicht der Bankbilanzen betrachtet werden.

Wir legen diese Schrift vor in dem Bewußtsem, einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion und Klärung dieses Fragenkreises beizusteuern; wichtig auch deshalb, weil

die Folgerungen für die praktische Währungs- und Wirtschaftspolitik von großer Tragweite sind und sehr verschieden ausfallen, je nachdem wie die Frage nach der Rolle des „Buchgeldes“ im Wirtschaftsablauf beantwortet wird,

Heidelberg-Ziegelhausen, im Dezember 1950

Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung

Otto Lautenbach

Einleitung

In der modernen Geldtheorie haben sich vornehmlich im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte gewisse Vorstellungen verbreitet, denen mit guten Gründen nachgesagt werden muß, daß sie eine schon fast vorhandene Klarheit und Einmütigkeit in der Geldtheorie wieder in Verwirrung gebracht haben,

Wenn nun auch unter den Vertretern der zuständigen Fachwissenschaft keine einheitliche Meinung herrscht, so neigt bemerkenswerterweise doch die Mehrzahl der Autoren, die sich zu der Sache geäußert haben, gerade zu der Auffassung, die wir, wie vorstehend angedeutet, als ein Abirren von schon fast erreichter Klarheit der Einsicht beurteilen.

Zweifellos spielt hierbei die auch in der Nationalökonomie verständliche Neigung mit, die Äußerungen von hervorragenden Gelehrten — im Vertrauen auf deren in vielen anderen Fragen bewiesene überragende Sachkenntnis — einfach kritiklos zu übernehmen. So stehen die bedeutendsten Köpfe auf jedem Fachgebiet auch immer der Gefahr am nächsten, daß neben ihren wertvollsten Einsichten auch ihre möglicherweise folgenschweren Irrtümer die größte Verbreitung finden. Diesen Mangel an fruchtbarer Kritik hat wohl auch J. M. Keynes im Auge gehabt, als er im Vorwort zu seinem gewichtigsten Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ mit freimütiger Offenheit bekannte; „Es ist erstaunlich, was für einfältige Sachen man vorübergehend glauben kann, wenn man zu lange für sich allein denkt...“

Das Thema, mit dem wir uns hier befassen wollen, ist sicher eines der schwierigsten Themen der Wirtschaftswissenschaft überhaupt. Gleichzeitig sind aber die praktischen Folgerungen für die Währungspolitik, die sich auf die widerstreitenden Ansichten aufbauen, so grundverschieden, daß es nicht gleichgültig sein kann, ob die eine oder die andere zur Geltung kommt. Damit berühren theoretisch-wissenschaftliche Fragen die Grundlagen des öffentlichen Wohls, und es wird offenkundig, daß die Klärung unumgänglich ist. In der Theorie handelt es sich zunächst um die Frage:

Ist Bargeld + „Buchgeld“ = Geldmenge?

Mit der Beantwortung dieser Frage steht und fällt die nächste:

Können die Banken Geld („Buchgeld“) machen; und können sie es
„aus dem Nichts schöpfen“?

Wenn diese beiden Fragen nicht eindeutig verneint werden können, dann stehen wir in der Währungspolitik vor ganz anderen Aufgaben, als bisher angenommen worden war.

Es würde theoretisch notwendig werden, das sogenannte „Buchgeld“ ähnlich zu behandeln wie das Bargeld, Nach der herrschenden währungspolitischen Praxis müßte es der Mengenregulierung unterworfen werden, nach den Forderungen der Gesellschen Schule außerdem noch demselben Umlautszwang, wie er für das Bargeld vorgesehen ist. Ein dritter nebensächlicher Komplex von Fragen ergibt sich dabei noch aus dem Problem, wie es überhaupt ermöglicht werden soll — und welche Folgen es gegebenenfalls nach sich ziehen würde —, das sogenannte „Buchgeld“ in der Mengenregulierung und Umlaufgebührenbelastung genau so zu behandeln wie das Bargeld.

Wir werden alle diese Fragen der Reihe nach behandeln. Da man nicht alles auf einmal sagen, sondern Gedanken und Überlegungen nur hintereinander aufreihen kann, muß die Schlüssigkeit der Darlegungen aus dem Gesamtbild in Erscheinung treten. Hierbei wird dem Ergebnis der Untersuchung unseres obengenannten nebensächlichen Fragenkomplexes ebenfalls einige Bedeutung zukommen; denn wenn eine Forderung sich auf einer falschen theoretischen Grundlage erhebt, muß es irgendwo deutlich werden, daß sie mit dem konkreten Sachverhalt kollidiert. (K.W.)

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Eine Schriftenreihe • Herausgegeben von Otto Lautenbach

DIE TECHNIK DER UMLAUFSICHERUNG DES GELDES

von

KARL WALKER

VITA - VERLAG • HEIDELBERG – ZIEGELHAUSEN

1952

Inhalt

	Seite
Vorwort des Herausgebers	7
Vorwort des Verfassers	9
Die Theorie vom Gelde als Grundlage	11
Das Markengeld	15
Das Stempelgeld	23
Das Tabellengeld	25
Dynamische Doppelwährung	29
Die Chok-Methode	33
Die Geld-Umlaufsteuer	35
Klebegeld — Seriengeld	39
Das Seriengeld	43
Seriengeld — Chok-Methode	51
Die „Renovatio monetarum“	55
Die Geldmengen-Regulierung	61
Vorschlag	65
Literatur-Verzeichnis	71

Vorwort des Herausgebers

Es hat sich geradezu als ein Verhängnis für die Freiwirtschaftslehre erwiesen, daß man zu viel von ihrem Rezept und zu wenig von der theoretischen Begründung gesprochen hat. So spitzte sich die Diskussion um die Freiwirtschaftslehre zumeist auf die Frage zu, ob ein Geld mit Umlaufsicherung technisch durchführbar wäre. In den meisten Fällen kam es dann gar nicht mehr dazu, die Grundlagen zu erörtern.

Karl Walker legt nun in dem vorliegenden Werk eine Übersicht über die bisher am bekanntesten, gewordenen Vorschläge für die Umlauf Sicherung des Geldes vor. Er begibt sich damit wiederum auf das Gebiet des Rezeptes. Wir sind uns bewußt, daß hiermit die Gefahr heraufbeschwoen wird die Diskussion lediglich um die Technik in der Umlaufsicherung zu führen, statt zum Kern der Dinge vorzustoßen. Es scheint uns indessen notwendig zu sein die interessierten Kreise mit all den Vorschlägen vertraut zu machen, damit sie sich ein Bild auch über die Technik der Umlaufsicherung machen können.

Wir glauben dieses Wagnis unternehmen zu können, weil sich in den Jahren seit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 immer deutlicher als Kernproblem der Währungspolitik die Frage herausgestellt hat: wie werden wir mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes fertig? Diese Frage hat der Bank Deutscher Länder sehr viele Schwierigkeiten bereitet. Das Problem der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hat sich rein aus der praktischen Erfahrung heraus in den Vordergrund gedrängt und es bedarf einer sorgfältigen Erörterung.

Wenn wir von theoretischen Feinheiten absehen, herrscht wohl heute Übereinstimmung darin, daß es außerordentlich zweckmäßig für die praktische Währungspolitik wäre, wenn die Notenbank über ein Mittel verfügen könnte die Umlaufgeschwindigkeit ebenso zu beherrschen, wie sie die Geldmenge bestimmen kann.

Wir stellen die Umlaufsicherung des Geldes zur Diskussion.

Wir wollen aber sogleich feststellen, daß eine Kritik an diesen Vorschlägen nur von dem Standort aus möglich ist, der die Notwendigkeit der Umlaufsicherung des Geldes bejaht. Mit einer Kritik an der Technik der Umlaufsicherung kann unter gar keinen Umständen gegen diese selbst ein ausreichender Einwand erhoben werden.

Zudem haben sich - wie in der vorliegenden Arbeit gezeigt wird, primitive Methoden in der Praxis bewährt; elegantere und ausgereifere Techniken wie sie hier dargestellt sind, werden um so mehr das Versprechen einlösen, das von diesen Vorschlägen ausgeht.

Im Anhang der Schrift findet der Leser einen Vorschlag zur Revision des Gesetzes über die schweizerische Nationalbank, der von den Nationalräten Hans Bernoulli und Werner Schmid im Oktober 1948 in Bern eingebracht worden ist. Dieser Vorschlag führt unmittelbar in die mit einer Umlaufsicherung des Geldes verbundene gesetzgeberische Arbeit hinein. Im übrigen ist der dort entwickelte Vorschlag in den Darstellungen von Karl Walker nicht enthalten.

Die Abbildungen der „Stamp-Scips“ sind mit freundlicher Erlaubnis des Besitzers nach den in der Privat-Sammlung von Herrn Dr. Arnold Keller, Berlin, befindlichen Originalen hergestellt; die abgebildeten Brakteaten sind Stücke aus dem Staatlichen Münzkabinett Berlin, entnommen aus: „Die Deutschen Münzen des Mittelalters“, Handbücher der Staatlichen Museen in Berlin.

Heidelberg-Ziegelhausen, im Januar 1952.

Gesellschaft
für
wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung
Otto Lautenbach

Vorwort des Verfassers

Das in dieser Schrift behandelte Thema ist schon seit geraumer Zeit Gegenstand häufiger Diskussionen, aus denen das Bedürfnis für eine knappe grundlegende Information über die Möglichkeiten der „Umlaufsicherung des Geldes“ lange schon hervorging.

Der Gesamtdarstellung liegt nun auch ein umfangreicher schriftlicher und mündlicher Gedankenaustausch mit zahlreichen Vertretern der Gesell'schen Geldreform zugrunde. Es sind dabei

natürlich nicht alle Variationen und Nuancen erwähnt, wohl aber die wichtigsten technischen Methoden mit ihrem Für und Wider.

Im Laufe der Diskussion zeigte sich, daß offenbar bestimmte Ideen einer Verbesserung der ursprünglich propagierten Technik von einigen Vertretern der freiwirtschaftlichen Schule unabhängig voneinander selbst gefunden wurden. Es ist dies ein erfreulicher Beweis für die stille und intensive Arbeit an der Sache. Angesichts dieses Sachverhalts wird sicher jeder Beteiligte die gleiche Leistung des andern gerne anerkennen und die Frage der Priorität ganz zurücktreten lassen.

Zu bemerken wäre nun noch, daß diese spezielle Schrift keine Werbe- oder Propagandaschrift darstellt. Sie ist beim heutigen Stand der Freiwirtschaftsbewegung zwar eine Notwendigkeit für die Fundierung und Erweiterung der einschlägigen Sachkenntnis, ohne die unsere Idee in der Öffentlichkeit nicht vertreten werden kann. Da aber bei allem Bestreben, den Stoff möglichst klar zu behandeln, doch mancherlei Grundkenntnisse auf geldtheoretischem Gebiet vorausgesetzt werden mußten, wird die Lektüre der vorliegenden Darlegungen nur die mit der Sache bereits vertrauten Leser befriedigen können und ihnen weitere Aufschlüsse und Anregungen geben.

Obwohl es überflüssig sein sollte, dies besonders zu erklären, möchte ich zum Schluß doch noch ausdrücklich hervorheben, daß hinter keinem der hier erwogenen alten und neuen — und neuesten — technischen Vorschläge die dogmatische Vorstellung stehen darf, er sei der einzig-mögliche, letztgültige und nicht mehr verbesserungsfähige Vorschlag. Darüber wollen wir die Zukunft entscheiden lassen.

Berlin, im Juli 1951.

Karl Walker

Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität

Empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem

Artur Woll,¹ Siegen

Seit Mitte der sechziger Jahre untersuchen Prof. Woll und seine Mitarbeiter die empirische Bedeutung geldtheoretischer Hypothesen. Zunächst stand die Geldnachfragetheorie, die den Streit zwischen „Monetaristen“ und „Fiskalisten“ ausgelöst hat, im Vordergrund der Forschung. Die Untersuchungen der letzten Jahre galten dem „Phillips-Theorem“ und der Inflationstheorie. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind jetzt der Öffentlichkeit vorgelegt worden.²

Empirische Untersuchungen ökonomischer Hypothesen haben das Ziel, Behauptungen über Zusammenhänge - je nach methodologischer Ausrichtung - zu falsifizieren oder zu verifizieren. Man hätte deshalb erwarten dürfen, daß empirische Tests theoretischen Kontroversen ein Ende setzen, wenn sich zeigt, ob und inwieweit Hypothesen in der Realität Bedeutung haben. Tatsächlich differieren veröffentlichte empirische Untersuchungen, selbst wenn sie sich auf dasselbe Land und dieselbe Untersuchungszeit beziehen, kaum weniger als theoretische Behauptungen. Daß dadurch insbesondere die wichtigsten Konsumenten solcher Untersuchungen, die Wirtschaftspolitiker, verwirrt und verunsichert werden, ist nur zu verständlich. Die Wissenschaftler sollten sich mehr als bisher fragen, worauf dieser unbefriedigende Zustand zurückzuführen ist. der überdies den Einfluß der Wirtschaftswissenschaft auf die Politik schwächen muß. Deshalb wurden im Rahmen eines Forschungsprojektes eingehende Überlegungen angestellt, wie die Ursachen stark abweichender oder gegensätzlicher Testergebnisse ausgeschaltet werden können. Ausfluß dieser Überlegungen ist ein neuartiges Untersuchungsverfahren, das zum wesentlichen Bestand der vorliegenden Arbeit gehört. Weil die Untersuchungsergebnisse anders als bisher üblich präsentiert werden — und anders zu interpretieren sind —, sei das Verfahren kurz erläutert.

1 Prof. Dr. Artur Woll, 54, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Gesamthochschule Siegen. Der Beitrag stammt aus: Wirtschaftsdienst 1977/XI, Seite 562 - 565

2 Artur Woll, Bernd Faulwasser. Bernd-Thomas Rambo: Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität - Empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 2638 Fachgruppe Wirtschaft- und Sozialwissenschaften. Opladen 1977.

Gängigste Vorgehensweise bei ökonometrischen Tests ist die Berechnung von Regressionsansätzen für „erklärende“ und „erklärte“ Variable und die Einschätzung des „goodness of fit“ entsprechender Beziehungszusammenhänge durch den Korrelationskoeffizienten (r) oder das Bestimmtheitsmaß (r^2). In aller Regel liegen in diesen Untersuchungen Daten für die exogenen und endogenen Variablen in Zeitreihenform für einen abgegrenzten Zeitraum vor. Für diese Periode werden Regressions- und Korrelationskoeffizienten errechnet, die Aussagen über die quantitative Gestalt und Qualität der untersuchten Relation zulassen. Ob ein einfacher oder - wie neuerdings üblich - ein multipler Regressionsansatz gewählt wird, sollte im übrigen nach sachlichen Notwendigkeiten, z. B. nach dem Gehalt der untersuchten Hypothese, entschieden werden: beide Ansätze haben ihre Vor- und Nachteile. Leider gehört es nicht zum selbstverständlichen Standard, für empirische Untersuchungen auch die Daten zu publizieren, so daß eventuelle, manchmal durchaus sinnvolle Datenmanipulationen für Außenstehende nicht erkennbar sind und Nachrechnungen zu differierenden Ergebnissen führen.

Bedeutsamer ist eine andere Quelle abweichender Ergebnisse: Die traditionelle Form der Regressionsrechnung behandelt den gesamten Untersuchungszeitraum als monolithischen Block. Diese Testweise erlaubt nicht die Überprüfung der Stabilität des Beziehungszusammenhangs innerhalb des Beobachtungszeitraums, dessen Unterperioden in ihrer Erklärungsqualität vom Durchschnitt erheblich abweichen können. Aus diesem Grund zerlegt man oft den Gesamtzeitraum in Unterperioden, für die getrennte Korrelations- und Regressionskoeffizienten ermittelt werden. Diese Unterteilung geschieht allerdings willkürlich. Resultierende gute oder schlechte Ergebnisse sind die zwangsläufige Konsequenz von beliebigen Periodenabgrenzungen. Die Methode der vorliegenden Untersuchung vermeidet dagegen diese subjektive Willkür. Der Untersuchungszeitraum wird von einem System sich überlappender Zeitabschnitte überdeckt, die kürzer als die gesamte Periode sind. Auf die relativ einfache Technik dieses Verfahrens, die Diplom-Mathematiker Dr. Ramb entwickelt hat, kann aus Platzgründen hier nicht eingegangen werden.³ Für jeden Zeitabschnitt wird der Regressionsansatz berechnet; daß dieser Rechenaufwand nur mit modernen Computern zu leisten ist, versteht sich. Werden die sich so ergebenden Korrelationskoeffizienten in zeitlicher Abfolge aufgetragen, erhält man den kontinuierlichen Verlauf von „zeitentwickelten“, gleichsam dynamischen Korrelationswerten. An diesem Verlauf lassen sich die Stabilität von Beziehungen innerhalb der Untersuchungsperiode systematisch verfolgen und Unterperioden mit signifikantem Erklärungsgehalt benennen.

3 Vgl. Artur Woll, Bernd Faulwasser, Bernd-Thomas R a m b : Zur Zeitstabilität des Phillips-Theorems in Kredit und Kapital. 9- Jg. (1976). S. 293-313.

Die Vorteile dieser Vorgehensweise gegenüber willkürlichen Strukturierungen der Untersuchungsperiode liegen auf der Hand.

Das modifizierte Phillips-Theorem

In seiner inzwischen klassischen Studie aus dem Jahr 1958 stellt Phillips zwischen Arbeitslosenquoten und Änderungsraten der Nominallöhne empirisch für Großbritannien von 1861 bis 1957 eine inverse, nicht lineare Beziehung fest („ursprüngliches“ Phillips-Theorem).⁴ Samuelson und Solow führten die Hypothese ein, daß sich die Inflationsrate als Differenz zwischen der Änderungsrate der Nominallöhne und der des Produktivitätsfortschritts ergebe.⁵ Bei einem bestimmten Produktivitätsfortschritt (z. B. von 3%) kann dann eine Beziehung zwischen Arbeitslosenquote und Inflationsrate hergestellt werden („modifiziertes“ Phillips-Theorem). Im Hinblick auf den Inversen Zusammenhang zwischen beiden Größen sind die gesamtwirtschaftlichen Ziele Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität simultan unerreichbar. Die Wirtschaftspolitiker müssen sich für ein Ziel entscheiden oder können Arbeitslosigkeit und Inflation — je nachdem, welches der beiden Ziele gerade am stärksten verletzt ist — austauschen (trade-off).

Wir haben das modifizierte Phillips-Theorem für die Bundesrepublik Deutschland (Gesamtzeitraum 1953 bis 1974) mit der oben skizzierten Methode getestet. Frühere Untersuchungen unterschiedlicher Zeiträume, wie die von Hoffmann⁶, Maneval⁷ und Zahn⁸, liegen nicht nur weiter zurück, sondern zeigten auch konträre Ergebnisse. Unsere Untersuchung hat ergeben: Die vom modifizierten Phillips-Theorem postulierte Beziehung zwischen relativen Preisniveauänderungen und Arbeitslosenquoten ist im Zeitablauf weder stabil noch permanent signifikant. Die Vorstellung einer stabilen Beziehung - Implikation des modifizierten Phillips-Theorems - muß zurückgewiesen werden. Die „Straffheit“ der Beziehung unterliegt kurzfristigen Schwankungen. Für den gesamten Beobachtungszeitraum lassen sich kaum

4 A- W P h i l l i p s : The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wages in the United Kingdom. 1861-1957. in: *Economica*. Vol. 25 (1958). S. 283-299.

5 P.A. Samuelson, R. M. Solow: Analytical Aspects of Antiinflation Policy. in: *The American Economic Review*. Vol. 50 (1960). Papers and Proceedings, S. 177-194

6 W. G. Hoffmann: Die Phillips-Kurve in Deutschland in: *Kyklos*. Bd. 22 (1969). S. 219-231.

7 H. Maneval: Die Phillips-Kurve. Empirische theoretische und wirtschaftspolitische Aspekte, Tübingen 1973.

8 P. Zahn: Die Phillips-Relation für Deutschland. Eine lohn- und inflationstheoretische Untersuchung. Berlin, New York 1973

längere Unterperioden ausmachen, in denen die Korrelationswerte auf einem einigermaßen gleichbleibenden Niveau verlaufen. Aber auch die Signifikanz der Phillips-Beziehung ist mangelhaft. Die Korrelationskoeffizienten erreichen gelegentlich Spitzenwerte um 0,7 ($r^2 \sim 0.5$), liegen jedoch meistens erheblich unter diesem Niveau. Gegen Ende des Beobachtungszeitraums - ab 1971 - wechselt sogar das Vorzeichen. Steigende Arbeitslosenquoten sind mit wachsenden Inflationsraten verknüpft. Das modifizierte Phillips-Theorem wird geradezu auf den Kopf gestellt.

Die wirtschaftspolitische Schlußfolgerung lautet für die Bundesrepublik Deutschland eindeutig: Im untersuchten Zeitraum hätte der oft beschworene trade-off zwischen Inflationsraten und Arbeitslosenquoten keine Grundlage politisch rationalen Handelns sein können. Das ist eine empirisch untermauerte Feststellung. Die Frage, ob und wie sich der trade-off unter dem Einfluß der Wirtschaftspolitik ändert, sei dahingestellt. Dieses Ergebnis kam nicht überraschend, weil - vor allem seit den sechziger Jahren - die Arbeitslosenquoten relativ wenig schwankten. In weiteren Tests wurden deshalb für die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt andere Indikatoren - wie die Zahl der im Inland erwerbstätigen Ausländer und die Zahl der offenen Stellen - eingesetzt. Mit diesen Indikatoren, insbesondere mit der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, lassen sich teilweise Unterperioden mit besserer Erklärungsqualität ausmachen (von 1970 bis 1974). Eine sehr verallgemeinernde, undifferenzierte Hypothese, nach der zwischen dem Arbeitsmarkt und der Inflation Zusammenhänge bestehen, konnte nicht zurückgewiesen werden.

Testergebnisse zur Phelps-Friedman-Hypothese

Das ursprüngliche Phillips-Theorem geht explizit, das modifizierte implizit von nominalen Lohnänderungen aus, die das Beschäftigungsniveau bestimmen. Das Theorem basiert damit in beiden Varianten auf einer permanenten Geldillusion. Die Kritik von Phelps⁹ und Friedman¹⁰ hat zur weitgehenden Aufgabe dieser Prämisse und zur Einbeziehung von Erwartungen in die Analyse geführt. Phelps und Friedman gehen davon aus, daß eine dauerhafte Täuschung der Anbieter und Nachfrager von Arbeit über die Entwicklung des Preisniveaus - oder eine unterschiedliche Anpassung an dieses - nicht realistisch ist. Beschäftigungseffekte haben Lohnänderungen nur, solange eine Täuschung gelingt oder Anpassungslags auftreten, Nominal-

9 E. S. P h e l p s : Phillips Curves. Expectations of Inflation and Optimal Unemployment over Time. in: *Economica*. Vol. 34 (1967). S 254-281.

10 M. F r i e d m a n : The Role of Monetary Policy. in: *The American Economic Review*. Vol 58 (1968). S. 1-17.

und Reallohnänderungen also nicht gleich sind. In der Regel können sich nach Einsetzen einer Inflation die Arbeitgeber zunächst schneller anpassen - oder die Arbeitnehmer täuschen lassen -, so daß der Reallohn absolut oder wenigstens relativ (im Vergleich zu den Unternehmensgewinnen) sinkt und die Beschäftigung steigt. Dieser Vorgang kann eine gewisse Zeit anhalten, wenn sich die Inflationsraten immer wieder beschleunigen (Akzelerationshypothese). Können die Arbeitnehmer schließlich die Inflationsrate eskomptieren und ihre Nominallöhne soweit erhöhen, daß sie den alten Reallohn (oder Reallohnanteil) wieder erreichen, verschwindet der Beschäftigungseffekt einer Inflation; die temporär gesunkene Arbeitslosigkeit nimmt wieder zu und das Beschäftigungsniveau pendelt sich auf eine Arbeitslosenquote ein, die langfristig von inflationären Entwicklungen unabhängig ist („natürliche“ Arbeitslosenquote). Es liegt in der Logik der Phelps-Friedman-Hypothese, daß bei einer unerwarteten Beendigung eines Inflationsprozesses die tatsächliche Arbeitslosenquote größer werden kann als die natürliche. Im übrigen beabsichtigen Phelps-Friedman nicht, eine Inflationserklärung zu liefern; sie wollen lediglich die Instabilität der Phillips-Beziehung nachweisen.

Jeder Test von Erwartungsgrößen steht vor der Schwierigkeit, geeignete Indikatoren für die Erwartungen zu finden. Da Phelps-Friedman - anders als die junge Gruppe der „Rationalisten“¹¹ 10) - adaptierte Erwartungen unterstellen, ist in empirischen Untersuchungen die verbreitete Praxis übernommen worden, Erwartungen über die Entwicklung des Preisniveaus durch vergangene Inflationsraten abzubilden. Dabei wurde das übliche Verfahren, die herangezogenen Inflationsraten mit der Annäherung an die Gegenwart zunehmend zu gewichten, aus verschiedenen, hier nicht zu erläuternden Gründen nicht übernommen. Das Indikatorproblem nötigt zu besonders vorsichtiger Interpretation von Testergebnissen.

Gleichwohl hat sich deutlich gezeigt: Für alle von uns getesteten Preiserwartungsansätze existieren gegen Ende des Beobachtungszeitraumes stabile und signifikante Korrelationswerte. Genau zu dieser Zeit beschleunigte sich in der Bundesrepublik Deutschland die Inflationsentwicklung, wurde aus der Vollbeschäftigung eine Überbeschäftigung. Im gleichen Zeitraum nimmt die ohnehin mäßige Erklärungsqualität des Phillips-Theorems rapide ab, bis es sich sogar ins Gegenteil kehrt. Diese Ergebnisse stützen die Phelps-Friedman-Hypothese, die als eine gute Beschreibung der Situation in der Bundesrepublik in den Jahren 1968 bis

11 Vgl. Zeitgespräch „Rationale Erwartungen und Stabilitätspolitik“. in: WIRTSCHAFTSDIENST. 57. Jg (1977) H 2 S 59-69 mit Aufsätzen von Artur W o l l, Kurt W. R o t h s c h i l d, Manfred W i l l m s und Bernhard G a h l e n.

1972 gelten kann. Das Phänomen der anhaltenden Inflationsakzeleration tritt - außer in diesem Zeitraum - im verbleibenden Rest der gesamten Beobachtungsperiode (1953—1966) nicht auf. Für diese Zeit besteht weder ein stabiler noch signifikanter Zusammenhang zwischen Inflationsraten und Inflationserwartungen. Auch dieses Ergebnis ist mit der Phelps-Friedman-Hypothese kompatibel. Ohne akzelerierende Inflationsraten bauen sich keine ausgeprägten Inflationserwartungen auf.

Empirische Relevanz der Quantitätstheorie

Da das Phillips-Theorem, das wesentliche Elemente der eh und je umstrittenen Wage-push-Inflationsursachentheorie enthält, empirisch für die Bundesrepublik zurückgewiesen werden mußte, lag es nahe, nach anderen Inflationsursachen Ausschau zu halten. In der Inflationsdiskussion ist eine Größe erneut in den Mittelpunkt gerückt, die schon in der Vergangenheit - unbestritten stets für Hyperinflationen - als maßgebliche Determinante des Preisniveaus angesehen wurde: die Geldmenge. Das Hypothesensystem, das die Beziehungen zwischen Geldmengen- und Preisniveaumentwicklung erklärt, ist die Quantitätstheorie. Nach der modernen Version der Quantitätstheorie¹² schlägt sich langfristig die Entwicklung der Geldmenge voll im Preisniveau nieder. Ausgesagt wird aber auch, daß in kurzfristigen Anpassungsprozessen Geld durchaus auf realwirtschaftliche Variable - wie Produktion und Beschäftigung - einwirkt. In der vorliegenden Untersuchung ist ausschließlich der direkte, verzögerte Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Preisniveaumentwicklung geschätzt worden.

Diese Einschränkung suggeriert einen geringen Rechenaufwand. Tatsächlich trifft das Gegenteil zu. Erstens gibt es verschieden abgegrenzte monetäre Aggregate (Geldmenge M1, M2, ..., Mn). Zweitens ist den Wirkungsverzögerungen zwischen Geldmengen- und Preisniveauänderungen durch unterschiedliche Lags Rechnung getragen worden. Insgesamt haben wir 81 Regressionsansätze für die Zeit von 1953 bis 1974 nach dem rechenintensiven Verfahren zeitentwickelter Korrelationskoeffizienten berechnet - eine Aufgabe, für die auch ein moderner Computer Monate benötigt. Das unerwartete Ergebnis war: Für keine der getesteten Beziehungen zwischen Inflationsrate und monetären Aggregaten existiert für die gesamte Periode ein durchgehend stabiler und signifikanter Zusammenhang, ähnlich den Relationen zwischen Arbeitsmarktdaten und Preisniveauänderungen. Die Ergebnisse für Teilperioden sowie für einzelne Geldmengenabgrenzungen sind jedoch so interessant, daß eine detaillierte

¹² Vgl. M. Friedman: Die optimale Geldmenge und andere Essays. München 1970.

Betrachtung aufschlußreiche Einsichten bietet. Hier sei nur ein Beispiel aus dem Komplex unterschiedlicher Geldmengenabgrenzungen herausgegriffen.

Zur genaueren Untersuchung des Einflusses von Änderungsraten der Geldmenge M1 auf die Inflationsraten wurden getrennte Regressionen für die Komponenten von M1 - Bargeld und Sichteinlagen - berechnet. Dabei zeigte sich, daß der Verlauf der zeitentwickelten Korrelationskoeffizienten den Schluß auf einen relativ engen Zusammenhang zwischen Inflationsraten und Bargeldmengenänderungen erlaubt. Die andere Komponente von M1 korreliert - wie andere Bankeinlagen bei weiteren Geldmengenabgrenzungen - mit der Geldmengengröße selbst und nicht mit der Inflationsrate des Preisniveaus. Für Kenner der geldtheoretischen Kontroverse dürfte dieses Testergebnis überraschend sein - denn die engste Geldmengendefinition wäre hinsichtlich der Inflation noch zu weit -, für den ökonomischen Common sense ist sie plausibel. Eine naheliegende Erklärung scheint: Ein Großteil der Lebenshaltungsausgaben der Nichtbanken wird mit Bargeld bestritten, so daß die enge Beziehung zwischen Bargeld und Preisniveau der Lebenshaltung - als Indikator des allgemeinen Preisniveaus - evident ist. Zwar werden auch Bankeinlagen zur Begleichung von Lebenshaltungsausgaben benutzt, sie dienen jedoch in erheblichem Umfang auch anderen Zwecken (wie der Geldvermögensbildung, Spekulation und Gehaltszahlung). Generell ausgedrückt unterliegen verschiedene Geldmengenabgrenzungen inflationsirrelevanten Einflüssen, die den Zusammenhang mit der Entwicklung des Preisniveaus auflockern. Wenn das Bargeld in seiner Bedeutung für inflationäre Entwicklungen alle übrigen Geldmengenkomponenten eindeutig überragt, ist der oft - gewollt oder ungewollt - getrübe Blick für die wirtschaftspolitische Inflationserwartung freigelegt: Für das Ausmaß der Inflation kommt es in erster Linie darauf an, wieviel Bargeld der Produktionsmonopolist Deutsche Bundesbank ausstößt.

Bargeld stört die Geldmengenpolitik

Eine Untersuchung der Schweizerischen Nationalbank

Blick durch die Wirtschaft Frankfurter Zeitung, Frankfurt am Main, vom 10. Oktober 1989

b. Zürich - Der Schweizer Franken lockt noch immer Ausländer aus Ländern mit schwachen Währungen an, die bei eidgenössischen Banken Sicherheit suchen. Dabei gibt es zahlreiche vermögende Leute aus politisch instabilen Ländern, die eine gewisse Vorliebe für schweizerische Banknoten zeigen. Sie erwerben Noten gegen fremde Devisen und deponieren sie in einem Safe bei einer Schweizer Bank. Die Noten bringen zwar keine Zinsen, aber das in Banknoten angelegte Vermögen ist hochliquide. Für diese Liquidität zahlen manche Ausländer eben einen hohen Preis: „Null-Rendite“.

Der Banknotenumlauf in der Schweiz ist im Vergleich etwa ' zum deutschen ungewöhnlich hoch, was in unmittelbarem Zusammenhang mit dem starken Hortungsbedarf für Schweizer Banknoten steht. Die Schweizerische Nationalbank hat mit dem Banknotenumlauf Probleme. Die Steuerung der Geldmenge wird erheblich erschwert, weil die Nationalbank nicht planen könne, wieviel Bargeld jeweils benötigt werde. Der Anteil der Banknoten an der gesamten Geldmenge in der Schweiz betrage bis zu 88 Prozent der Notenbankgeldmenge, nur den Rest könne die Zentralbank überhaupt direkt steuern. Auf dieses Problem hat die schweizerische Notenbank jetzt in einer ökonomischen Untersuchung über die schweizerische Bargeldentwicklung der letzten drei Jahrzehnte hingewiesen.

In der Studie wird davon ausgegangen, daß die Nachfrage nach Banknoten für die Festlegung des jährlichen Geldmengenziels der Notenbank von großer Bedeutung sei. Wird das Wachstum des Notenumlaufs für das folgende Jahr von der Notenbank nur um 1 Prozentpunkt unterschätzt, so müßten als Kompensation für die Fehlschätzung die Giro Guthaben der Banken bei der Nationalbank durchschnittlich über 7 Prozentpunkte unter dem projektierten Pfad sinken, damit das angestrebte Wachstumsziel für die gesamte Notenbankgeldmenge (Giro Guthaben und Bargeld) erreicht werden könne. Wird eine entsprechende Korrektur

wegen einer nicht erwarteten Entwicklung des Bargeldumlaufes erst in der zweiten Hälfte eines Kalenderjahres ausgeführt, ergebe sich bereits für ein halbes Jahr ein Anpassungsbedarf der Geldmengen bei den Giro Guthaben von 15 Prozent. Die Folge dieses gravierenden Störfaktors „Bargeldumlauf“ in der Notenbankpolitik ist, daß es große Zinsausschläge am schweizerischen Geldmarkt gibt.

Diese Ausschläge wiederum können zu wesentlichen Wechselkursveränderungen führen. Mit anderen Worten: Die Schweizerische Nationalbank ist in ihrer Währungspolitik sehr abhängig von der Entwicklung des Notenumlaufes. Der Kompensationsbedarf zur Ungewißheit des Notenumlaufes beim Giroangebot der Nationalbank (Notenbankguthaben) ist unverhältnismäßig groß. Die Nationalbank schreibt, daß ihre geldpolitischen Aufgaben in der Vergangenheit durch unvorhergesehene Schwankungen des Notenumlaufes jedenfalls wesentlich erschwert worden seien. In der Dollarkrise der siebziger Jahre sei bei der Abwehr von Fremdgeldern das Bargeld ein erheblicher Störfaktor in der Währungspolitik gewesen. Nachdem Ausländern vorübergehend ein Negativzins für Bankeinlagen zugemutet werden mußte, hätten diese ihre Guthaben aufgelöst und in Bargeld umgetauscht, ein Vorgang, der außerhalb der Kontrolle der Nationalbank lag. Im Zeitraum von 1972 bis 1980 sei eine kumulative Banknotenhortung im Umfange von beinahe 10 Prozent des gesamten Banknotenumlaufes geschätzt worden.

Interessant ist, daß auch die Schweizer selber in größerem Umfange Bargeld horten, und zwar jeweils vor den Steuerterminen (Jahresende). Um weniger Steuern bezahlen zu müssen, werden die Bankguthaben vor dem Jahresende reduziert und die abgehobenen Beträge in Bargeld in einen Safe gesteckt. Auf diese Weise wird Vermögenssteuer gespart (die Einsicht in Bankkonten ist dem Schweizer Fiskus wegen des Bankheimnisses verwehrt). Nach dem Steuertermin wird das Bargeld wieder in Bankguthaben umgewechselt, eine Prozedur, die die Geldmengenzpolitik der Nationalbank - man sollte es kaum glauben - tangieren kann. Empfindlich reagiert auch der Notenumlauf auf Veränderungen des schweizerischen Sparzinssatzes. Bei einem hohen Sparzins von 4 Prozent ist der Notenumlauf 2,8 Prozent tiefer als bei einem Sparzinssatz von nur 3 Prozent. Der rückläufige Bedarf an kleinen Banknoten wird als eine Folge der Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, besonders der Kreditkarten, angesehen.

OSWALD HAHN

Beklagte, unerkannte und fehlende Bargeldsorgen der Deutschen Bundesbank

(Aus: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
Chefredakteur Peter Muthesius
40. Jahrgang / Heft 10 . 15. Mai 1987)

Auf den Tag vor 25 Jahren hat der Verfasser in dieser Zeitschrift die von Heinrich Irmeler verkündete Gleichung „Serienschecks gleich Bargeld“ mit einem Fragezeichen versehen¹³: Nach verschiedenen Abhandlungen über dieses Phänomen wieder animiert durch die vom späteren Chefvolkswirt der Bundesbank erneut aufgestellte These von der Entstehung eines Parallel-Bargeldumlaufs durch die Einführung der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlung¹⁴. Wenig später haben wir uns mit dem vom Zentralbankrat tolerierten Münzregal der Bundesregierung auseinandergesetzt¹⁵ - diesmal inspiriert durch die Aufhebung der mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ausgabe von Bundesmünzen im Münzgesetz von 1950. Die Redaktion hat dem Verfasser liebenswürdigerweise angeboten, sich heute nochmals zu beiden Problemen zu äußern. Wir verbinden das mit einer dritten - damals vom Verfasser ebenfalls angesprochenen — Fragestellung, nämlich der nach den Bargeldhorten, deren Höhe damals sehr umstritten war¹⁶: ein Problem, das Günter Schmolders damals kurz zuvor ebenfalls in dieser Zeitschrift erörtert hatte¹⁷. Der Rückblick verlangt dem Verfasser ab, sich noch mehr als sonst von ihm praktiziert selbst zu zitieren und die hierfür „tolerierete“ Norm von zwanzig Prozent zu überschreiten.

13 (1) Oswald Hahn, Serienschecks gleich Bargeld?, in Kreditwesen 11/1962, S. 450 ff.

14 (2) Heinrich Irmeler, Das unentbehrliche Bargeld, in: Kreditwesen 24/1961. S. 1150 ff.

15 (3) Oswald Hahn, Die Problematik des Münzregals der Regierung, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 12/1962, S. 712 ff.

16 (4) Oswald Hahn, Zahlungsmittelverkehr der Unternehmung, Wiesbaden 1962, S. 88 ff.

17 (5) Günter Schmolders, Das Strumpfsparen, in: Kreditwesen 22/1961, S. 1086 ff.

Die Angst des Zentralbankrats vor „Neben“-Bargeld

a) Drei Erscheinungen haben vor 25 Jahren die Spitzen der Deutschen Bundesbank in eine Art Panikstimmung versetzt: Erstens die von deutschen Banken vorbereitete Ausgabe von Goldzertifikaten, zweitens das Kaufscheck-Projekt von Walter Hesselbach und schließlich die bereits angesprochene Serien-Scheck-Legende des Heinrich Irmeler, seinerzeit Vizepräsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen. Der Verfasser hatte mehrfach den Nachweis geführt, daß alle drei Titel die Bargeldeigenschaft nicht erfüllen und ihre Ausgabe daher nicht gegen § 35 des Bundesbankgesetzes verstoße¹⁸: Goldzertifikate vor allem nicht im Hinblick auf das Greshamsche Gesetz, Serienschecks nicht angesichts der geringen technischen „Lebensdauer“ der Papiere und Kaufschecks schließlich nicht, besonders wegen der individuellen Beträge. Wir hatten auch an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß der mit Kaufscheck und bargeldloser Einkommensvergütung verbundene Effekt einer erheblichen Zunahme der Giralgeldquote währungspolitisch durch das Instrumentarium der Bundesbank voll variierbar sei¹⁹.

b) Welches Schicksal haben diese drei Wertpapiertypen in den letzten 25 Jahren erfahren? Das Goldzertifikat führte - als Ausstellung ausländischer Banken - längere Zeit ein Schatten-dasein: Der deutsche Sparer zieht die Form von Kleinbarren, Schmuck und Münzen vor. Allein die Vorbereitung einer Emigration oder Flucht aus Deutschland war lange Zeit Anlaß für den Erwerb solcher Zertifikate. Erst die Erhebung von Mehrwertsteuer auf den Edelmetallhandel - Paradebeispiel für die Ignorierung ökonomischer Gegebenheiten durch den Steuerfiskus - verhalf dem Goldzertifikat zu einem Aufschwung: Zehn Jahre nach der seinerzeitigen Innovation von der Bundesbank inzwischen toleriert. Die Botschaft von den Lohnserienschecks erwies sich als „Ente“: Die bargeldlose Einkommensvergütung, damals noch in den Kinderschuhen, ist inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, allerdings in der bereits damals von allen Beteiligten als der am wirtschaftlichsten erachteten Form, nämlich der Überweisung. Der Kaufscheck schließlich, den angesichts der Bedenken der Deutschen Bundesbank sein Erfinder, Walter Hesselbach, bereits nach vier Wochen wieder zurückge-

18 (6) Oswald Hahn, Sind Spezialeschecks und Goldzertifikate Geldersatz?, in: Blätter für Genossenschaftswesen, 9/1960, S. 141 ff.

19 (7) Oswald Hahn, Die Möglichkeiten einer Förderung des Scheckverkehrs, Frankfurt/M. 1962 (Restexemplare der vergriffenen Auflage können vom Verfasser bezogen werden - Lange Gasse 20, 8500 Nürnberg)

zogen hatte²⁰, feierte sieben Jahre später als Innovation von Eckart van Hooven²¹ eine imitierte Form der Auferstehung²². Dies geschah zunächst unter dem Namen „Scheckkarten-Verfahren“, ehe er dann ab 1. Januar 1969 seinen Siegeszug als „eurocheque“ fortsetzte²³ - mit hochoffiziellem wohlwollendem Segen der Deutschen Bundesbank: In gleicher Weise wie die Post und Kreditkartenexpansion. Inzwischen ist auch anderweitig eine Änderung zum Besseren eingetreten. Bedingt möglicherweise durch die weitgehende Verdrängung der „Reichsbankideologie“²⁴ im Zentralbankrat im Gefolge von Zur-Ruhe-Setzungen. Die neuen imitierten Finanzinnovationen der Deutschen Bankwirtschaft der letzten zehn Jahre wurden von der Bundesbank entweder anstandslos toleriert oder nach einer auf ein Viertel der damaligen Lernprozeßdauer reduzierten Zeitspanne akzeptiert. Der Zentralbankrat ist hinsichtlich der Effizienz der eigenen Instrumente offenbar selbstbewußter geworden, wobei er zu Recht seine Einwirkungsmöglichkeiten einschließlich der Mindestreservepflicht nicht in Frage stellen läßt. Lediglich § 3 des Währungsgesetzes gilt nach wie vor als heilige Kuh und der ECU als einer, der diese zu schlachten sich anschicken möchte, seit die weltweite Spitzenposition der DM als stabile Währung ihn in anderer Hinsicht überflüssig gemacht hat²⁵. Die Minderheit der geborenen Zentralbanker kann sich auch hier nicht durchsetzen.

Das tolerierte Münzregal der Regierung

a) Wir hatten in dem bereits erwähnten Beitrag anläßlich der Aufhebung der Emissionsbegrenzung bei Bundesmünzen die Fragwürdigkeit des Münzregals der Regierung herausgestellt. Wir betonten, daß sich seine Existenz „nur“ noch aus historischen Gegebenheiten heraus, also aus den „drei Grundprinzipien der Organisation“ ableiten läßt, die inzwischen aus der Bundeswehr verdrängt wurden und in andere Amtsstuben emigriert sind. In unserem Beitrag hatten wir - wie auch später - unterstrichen, daß die meisten „modernen“, das heißt nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen Notenbankgesetze den geänderten Verhältnis-

20 (8) Vgl. NN, Die Gemeinwirtschaftsbank zieht den Kaufscheck zurück, in: FAZ 31. 3. 1960

21 (9) Peter Muthesius, The eurocheque and his Pope, in: Kreditwesen 11 / 1978, S. 467 f.

22 (10) Vgl. Oswald Hahn, Erfinden und Finden, in: Kreditwesen 5/1987, S. 185

23 (11) Eckart van Hooven, „eurocheque“-Scheckkarte '69 mit internationalem Service, in: Kreditwesen 6 / 1969, S. 213 f.

24 (12) Vgl. Otmar Emminger, D-Mark, Dollar. Währungsrisiken. Stuttgart 1986, z. B. S. 38, 97, 131 ff.

25 (13) Wolfgang Gerke hat die generelle Überflüssigkeit dieser Norm überzeugend nachgewiesen (Gleitklauseln im Geld- und Kapitalverkehr. Mark = Mark?, Wiesbaden 1980). Dem Vernehmen nach sind die Befürworter einer Duldung des ECU im Zentralbankrat identisch mit den Bundesbank-Insidern.

sen Rechnung trügen, wobei heute in keiner Ländergruppe (Industrie- und Entwicklungsländer, kapitalistische und sozialistische Staaten) einheitliche Normen anzutreffen sind²⁶. Das Gesetz Nr. 29 der Alliierten Hohen Kommissare übertrug 1950 aus den vorbildlichen westdeutschen Zentralbankgesetzen des Jahres 1948 das Münzregal von der Bank deutscher Länder auf die Bundesregierung – ein damals leider überhaupt nicht beachteter Vorgang, der währungspolitisch durch die Emissionsbegrenzung (30 DM pro Kopf der Bevölkerung) und den niedrigen Münznennbetrag (höchster Nennwert 5 DM) unbedeutend erschien. Wir sind indes sicher, daß die alliierte Bankenkommission auf eine entsprechende Intervention des Zentralbankrats diese Funktionsannexion der Bundesregierung verhindert hätte.

b) Die Novelle zum Münzgesetz im Jahre 1962 hob die Emissionsbegrenzung auf:

Der Zentralbankrat verzichtete auf ein Veto, woran sicher wieder die von Otmar Emminger herausgestrichene Reichsbankmentalität des Karl Blessing ausschlaggebend gewesen ist. Es muß auch überraschen, wie wenig bei Diskussionen über Währungseinheiten die durch den Zeitverlauf gegebene Änderung der Massenkaufkraft Berücksichtigung findet. Dies zeigt sich sowohl bei der Erörterung über die Herabsetzung der Aktien-Nominalwerte (1930: 1000 RM, 1965: 50 DM bei einem Kaufkraftverhältnis von 10:1)²⁷ als auch hier: Der 5-Mark-Silbermünze des Kaiserreichs würden kaufkraftmäßig mehr als 100 DM nicht erst des Jahres 1987 entsprechen. Heute rechtfertigt der Automatenverkauf 20 DM-Münzen²⁸, wenn nicht gar Größenordnungen von 50 DM. Der Hinweis auf die zunehmende Verwendbarkeit der Kredit-, Mehrzweckbank- und Chipkarte entkräftigt diese Forderung nicht im Hinblick auf die sehr entmutigenden Feststellungen bei den Pilotprojekten. Auch das französische Beispiel zieht nicht, denn zum Nulltarif werden sämtliche Leistungen in hoher Menge nachgefragt. Selbst der Hinweis auf die Banknotenautomaten vermag den Bedarf an höherwertigen Münzen nicht wegzureden, nachdem solche Automaten zumindest bisher nur auf weitgehend neue und vor allem unzerknitterte Geldscheine ansprechen. Den Protest der deutschen Bankwirtschaft gegen die Einführung einer 10-DM-Münze unter Hinweis auf die damit verbundenen Kosten stehen erhebliche Kosteneinsparungen der übrigen Wirtschaft gegenüber: Es fragt sich in diesem Zusammenhang nur, warum sich die deutschen Banken bei der Diskussion über die

26 (14) Vgl. Oswald Hahn, Die Währungsbanken der Welt, Bd. II, Stuttgart 1968, S. 175 f.

27 (15) Vgl. dazu Oswald Hahn, Die Problematik einer Finanzierung durch Kleinaktien, in: Die Fortbildung 3 und 4 / 1973, S. 49 ff., 72 ff.

28 (16) Vgl. Herben Wehling, 20-Mark-Münze, in: Die Welt 16. 10. 1981

10-DM-Aktie so große Zurückhaltung auferlegten ²⁹.

c) Die höherwertigen Münzen werden kommen, und wenn dies nur im Gefolge von Sondermünzen geschieht, die (wie vor der Silberpreiserhöhung Anfang der siebziger Jahre) wieder auf Edelmetallprägungen ausgerichtet sein werden. Die Berlin-Münze dürfte nur ein erster Anfang sein. Es erscheint uns daher dringend geboten, daß der Zentralbankrat sich um eine entsprechende Übertragung des Münzregals bemüht. Die fiskalistische Einstellung des Bundesfinanzministers erscheint wenig stichhaltig: Sieht man von dem Bagatelleinnahmeposten „Münzgewinn“ einmal ab, so würden die hier wegfallenden Staatseinnahmen durch einen entsprechend höheren Notenbankgewinn weitgehend kompensiert. Prestigeüberlegungen von Referenten und / oder Abteilungen des Ministeriums sollten den Gesetzgeber wirklich nicht beeinflussen. Es bietet sich zudem über die Prägung von Sondermünzen einerseits und die Erst- oder Nachprägung von Goldmünzen andererseits die Möglichkeit zu einer Offenmarktpolitik größeren Ausmaßes an: Die gegen diese Vorstellung in den sechziger Jahren von Verwaltungsjuristen laut gewordenen Bedenken sind nach der Aufgabe der Goldbindung des US-Dollars und der Dollar-Interventionspflicht der Deutschen Bundesbank weggefallen, und einer Realisierung stehen eigentlich nur die drei erwähnten Organisationsprinzipien entgegen. Gerade die letzte Ausrichtung des Themas hatten wir vor 25 Jahren angedeutet ³⁰. Das Thema erscheint uns auch heute noch oder wieder äußerst aktuell ³¹, und die Erweiterung des Spielraums der Offenmarktpolitik kann nur im Interesse der Deutschen Bundesbank liegen, wobei Gold lediglich eines der zahlreichen möglichen zusätzlichen Elemente darstellt ³².

Die Bargeldhorte - weltweit eine unbekannt große -

Bargeld ist für jede Währungsbank ein zweiseitiges Schwert: Es ermöglicht ihr einmal die Beeinflussung der Geldschöpfung der Geschäftsbanken in den verschiedensten Formen, und es bringt ihr andererseits Probleme: Früher in Form der Deckungsvorschriften, heute über das gehortete Bargeld.

29 (17) Vgl. Oswald Hahn, Penny-Shares?, in: Kreditwesen 14/1986, S. 652

30 (18) Oswald Hahn, Münzregal, a.a.O., S. 723

31 (19) Verwiesen wird auf die an meinem Lehrstuhl bearbeitete Untersuchung Hermann Bartels jun., Goldmünzen als Instrument der Offenmarktpolitik

32 (20) Vgl. dazu u. a. Oswald Hahn, Die Problematik einer Finanzierung der Rohstoff-Reserven durch die Währungsbank, in: Sparkasse 3/1980, S. 82 ff.

Damals, vor 25 Jahren wie heute gibt es detaillierte monetäre Statistiken, wobei allerdings in Teilbereichen (genossenschaftliche Bankwirtschaft) eine den Möglichkeiten entgegengesetzte Entwicklung zu verzeichnen ist, nämlich ein Rückschritt. Die Geldstatistik zeigt exakt die Zusammensetzung beispielsweise von M 1 in Bargeldumlauf und Sichteinlagen jeweils außerhalb der Bankwirtschaft. Der Bargeldanteil ging bis Ende der sechziger Jahre ständig zurück: Von rund 45 Prozent im Jahre 1950 über 40 Prozent zehn Jahre später und 38,2 Prozent im Jahre 1962 auf 34 Prozent im Jahre 1970 und 32,5 Prozent im Jahre 1972. Der Rückgang auf rund 31,5 Prozent im Jahre 1986 ist unbedeutend. Bis Ende der sechziger Jahre kann man die Entwicklung reziprok zum Anstieg des bargeldlosen Zahlungsverkehrs annehmen, während von da an der Bargeldumlauf trotz weiter erheblich angestiegenen bargeldlosen Zahlungsverkehr relativ stagnierte. Damals wie heute bilden die Bargeldhorte das große Fragezeichen, mit dem die Geldstatistiker nicht fertig werden. Damals wurde - erstmals von Max Geiger - ein hohes inländisches „Strumpfsparen“ vermutet, das von Ludwig Erhard energisch dementiert³³ und von Günter Schmölders durch empirische Umfrage in nur sehr bescheidenem Umfang nachgewiesen wurde³⁴. Als „Träger“ ermittelte Schmölders für damals primär die unteren Einkommensschichten, die dann in den nächsten Jahren bankfähig wurden. So blieb für die Interpreten der Geldstatistik in der Folgezeit nur das Horten von DM-Noten im Ausland als Erklärungsursache zurück, wo die DM zunächst Ersparnissträger wurde und dann vereinzelt auch den Charakter einer zweiten (privaten) Währung erhielt (Polen, DDR, CSSR). Hinzu kommt seit einigen Jahren die ständig an Bedeutung zunehmende inländische Schattenwirtschaft, auf deren Hortungsbeitrag erstmals wieder Günter Schmölders verwiesen hat³⁵: ein Problem, das auch in der Schweiz³⁶ und den USA³⁷ ausgiebig diskutiert wird. Inzwischen ist das Geldvolumen im allgemeinen und der Bargeldumlauf im besonderen sogar zum verlässlichsten Instrument einer Schätzung des Anteils der Schattenwirtschaft geworden³⁸, Carl Zimmerer schließlich hat wiederum auf die Sorge der Unternehmungen um eine von

33 (21) Max Geiger, Wie hoch sind die „Strumpfgelder“?, in: Kreditwesen 14/1957

34 (22) Das Strumpfsparen, a.a.O., S. 1086 ff

35 (23) Günter Schmölders, Der Beitrag der Schattenwirtschaft, in: Emil Küng (Hrsg.): Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für Adolf Jöhr zum 70. Geburtstag, Tübingen 1980, S. 371 ff.

36 (24) Vgl. Die Nachfrage nach Bargeld in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung. Beilage zum Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank 3/1982

37 (25) Vgl. NN: In den Vereinigten Staaten wird Bargeld gehortet, in: Handelsblatt 15./16. 8. 1978; ferner NN: Überraschende Zahlen zum US-Bargeldumlauf: Milliardenbeträge - verschwunden im Untergrund?, in: Neue Zürcher Zeitung 16. / 17. 2. 1986

38 (26) Vgl. dazu im einzelnen Rolf-Dieter Graß. Ausweichwirtschaft, Abgrenzungen, Ausprägungen. Ausmaße. Frankfurt u. a. 1984, S. 220 ff.

den Banken unabhängige Liquiditätsreserve aufmerksam gemacht, die sich in Bargeldbeständen niederschlägt³⁹.

Damals wie heute müssen Bargeldhorte jede Notenbankleitung mit einem gewissen Unbehagen erfüllen, das sich allerdings sehr unterschiedlich in den beiden Extremtypen der Wirtschaftssysteme niederschlägt: in Marktwirtschaften bleibt die latente Sorge vor einer Aktualisierung dieser Potenz, die sich bei einer Beeinträchtigung der Währungsstabilität auslösen könnte. In Zentralverwaltungswirtschaften bringen Bargeldhorte die Wirtschaftspläne und das zentrale Steuerungsinstrument - nämlich den Kredit der Banken und die Kontrolle der Finanzmittel - völlig durcheinander. Diese unterschiedliche Tangierung der Währungspolitik erklärt auch das sehr differenzierte Verhalten: Marktwirtschaften tolerieren die Bargeldhorte, während Zentralverwaltungswirtschaften die (lediglich inlandsbezogenen) Bargeldhorte durch die Zusicherung eines (allerdings nur inlandswährungsbezogenen) absoluten Bankgeheimnisses und vor allem durch anonyme Konten zu beseitigen versuchen. Wissenschaftliche Diskussionen erfahren die Bargeldhorte heute wie damals vor 25 Jahren von der Freigeldlehre, die von den Anhängern von Silvio Gesell vertreten wird⁴⁰: Auch wer dieser Lehre nicht zustimmt, kann den Vertretern dieser Richtung seinen Respekt nicht versagen für ihr ungebrochenes Engagement, das sich der Sprache wie auch der Methoden der Wissenschaft bedient⁴¹.

39 (27) Carl Zimmerer. Bargeldhörung?. in: Kreditwesen 7/1985, S. 271

40 (28) Wir verweisen auf die von der „Stiftung für persönliche Freiheit und Sicherheit“ (Hamburg) herausgegebene und von Elimar Rosenbohm redigierte „zeitschrift für sozialökonomie - mensch, technik, gesellschaft“ (mtg) Hamburg, die derzeit im 24. Jahrgang quartalsweise erscheint.

41 (29) Vgl. dazu z. B. Elimar Rosenbohm, Bargeldhortung?, in „mtg Heft 45

„Macht der Banken überschätzt“

Bankenverband: Kritikern fehlt häufig die Sachkenntnis

(aus: HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
SONNABEND. 30. SEPTEMBER 1989, Seite 5)

Eigener Bericht: ash. Hannover

Als sachlich nicht fundiert hat der Bundesverband deutscher Banken die Kritik an der „Macht der Banken“ bezeichnet. Die Diskussion über dieses Thema sei nicht neu, sie werde häufig von wenig Sachkenntnis getragen. Nach der Darstellung des Verbandes herrscht im Kreditgewerbe ein intensiver Wettbewerb, der eine ordnungspolitisch schädliche Einflußnahme verhindere.

Es gebe unter den 4400 bundesdeutschen Kreditinstituten kein „annähernd marktbeherrschendes“ Unternehmen. Gemessen am Geschäftsvolumen entfalle auf die privaten Banken nur ein Marktanteil von 30 Prozent, auf die drei Großbanken ein Anteil von 9 Prozent. Demgegenüber befinde sich mehr als die Hälfte der Kreditwirtschaft im Eigentum der öffentlichen Hand (Landesbanken, Sparkassen sowie einige Spezialinstitute). Die Vorbehalte richteten sich aber insbesondere gegen die privaten Banken.

Der Anteilsbesitz der zehn größten privaten Banken an den Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik habe sich aber - anders als die Kritiker behaupten - von 1,32 Prozent im Jahr 1976 auf 0,57 Prozent im August 1989 verringert. Der Bankenverband weist zudem darauf hin, daß der Erwerb von Beteiligungen durch Banken häufig der Sanierung von Unternehmen, der Vorbereitung von Privatisierungsmaßnahmen oder der Plazierung von Anteilen diene und deshalb auch eine wichtige einzel- und gesamtwirtschaftliche Funktion habe.

Gleichermaßen überschätzt werde die Präsenz von Bankenvertretern in Aufsichtsräten. Nach einer Erhebung hätten die privaten Banken 1988 nur 7 Prozent der 1496 Aufsichtsratsmandate

der 100 größten deutschen Unternehmen gehalten. Wer das Auftragsstimmrecht der Banken kritisiere, solle auch sagen, wer an deren Stelle die Kleinaktionäre auf den Hauptversammlungen vertreten solle.

Der Bankenverband warnt, daß in der Diskussion um die „Macht der Banken“ der Boden der Realität verlassen und damit politischen Fehlentscheidungen Vorschub geleistet werde. Das im Ausland hohes Ansehen genießende deutsche Bankensystem dürfe nicht zum Spielball wahltaktischer Manöver werden.

Der „Keynes-Plan“ zur Ordnung der Weltwirtschaft

(Aus: Zeitschrift für Sozialökonomie 82 / 1989)

Zu den Wegbereitern einer internationalen Währungsordnung gehört Silvio Gesell, der 1909 erstmals mit der Überlegung an die Öffentlichkeit trat, daß alle Länder der Erde zu einem „internationalen Organismus“ zusammen wachsen müssen. Anstelle des damaligen Goldautomatismus sollten sie in einem „Akt internationaler Brüderlichkeit“ für binnenwirtschaftliche Stabilität sorgen und außerdem eine gemeinsame Währungsinstitution schaffen, die für den Ausgleich der dann noch verbleibenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte sorgt. Gesell hat seine ersten Gedanken hierzu in „Aktive Währungspolitik“ und „Lapletora monetaria de 1909 y la anemia monetaria de 1898“ niedergelegt. Beide Arbeiten werden in dem in Kürze erscheinenden Band 5 seiner „Gesammelten Werke“ wieder zugänglich.

1920 hat Silvio Gesell sein Konzept einer „Internationalen Valuta-Assoziation“ vorgelegt, von dem man annehmen kann, daß es John M. Keynes als Vorbild für seinen „Keynes-Plan“ gedient hat. Keynes empfahl in seinen „Proposals“ und auf der Weltwährungskonferenz 1944 in Bretton Woods eine „Clearing-Union“, die ein für alle angeschlossenen nationalen Notenbanken verbindliches Rechen- und Reservegeld namens „Bancor“ ausgeben sollte. Von Gesell inspiriert war der Gedanke, daß zum Ausgleich der globalen Ungleichgewichte nicht nur Bancor-Schuldner, sondern auch Bancor-Gläubiger Kredit- oder Strafzinsen

für ihre aus Überschüssen entstandenen Bancor-Guthaben zahlen sollten. Keynes konnte sich seinerzeit mit diesem Plan nicht durchsetzen. Der Dollar wurde zur internationalen Leitwährung. Doch hat das Scheitern der in Bretton Woods geschaffenen Weltwährungsordnung wieder ein Interesse am „Keynes-Plan“ geweckt. Jahrzehnte nach seinem Entwurf ist er noch heute eine unentbehrliche Anregung für die Neugestaltung einer internationalen Wirtschaftsordnung, welche den Gegensatz zwischen Nord und Süd überwinden hilft. Es ist ein Verdienst der Zeitschrift „Lettre international“, daß sie in ihrer Ausgabe 82 / 1988 auf den Seiten 39 – 48 erstmals den „Keynes-Plan“ in deutscher Übersetzung veröffentlicht hat. Der Titel der Übersetzung lautet: „John Maynard Keynes – Vorschläge für die Gründung einer Internationalen Clearing-Union“.

AUSZÜGE

aus:

Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute

Verlag G.A. Gloeckner, Leipzig 1900

angefertigt von Hugo Kierdorf, Köln im Nov. 1983

(Druckvorlage angefertigt durch TA im Okt. 1989)

Was die Kapitalanhäufung im geschäftlichen Sinn betrifft, so ist zu beachten, daß man unter Kapital oft nur jenen Wertbesitz versteht, welcher sich für den Besitzer, aus Wert in Mehrwert, aus je 100 Thaler, Mark, Gulden ... in mehr als je 100 Thaler, Mark, Gulden umsetzt oder doch als 100 sich forterhaltend, dem Besitzer, auch wenn er nicht arbeitet, sondern, wie man sagt, nur seinen Besitz, sein Kapital, arbeiten läßt, einen Ertrag abwirft, den er ganz verzehren oder teilweise wieder in Kapital, d. h. in Geldbesitz, der sich in mehr Geld umsetzt, verwandeln kann. Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuhalten und zu heben, das Streben, aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr als je 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die kapitalistische oder - nach des griechischen Philosophen Aristoteles Ausdruck - als chrematistische Volkswirtschaft.

Mit der Zunahme des Kapitals geht hier oft eine Vereinigung des Besitzes in den Händen einer kleinen Minderheit Hand in Hand, und nicht selten entsteht dann der Schein wachsenden Kapitalreichtums, während vielleicht nur eine kleine Minderheit den Besitz weiter Volkskreise an sich reißt, und die Nation in drückende Abhängigkeit, ja in Abhängigkeit von ausländischen Besitzern und Gläubigern gerät. Solche traurige Erscheinungen bringen dann in manchen Denker- und weiten Volkskreisen die Ansicht hervor, daß alle Kapitalanhäufung auf Ausbeutung der arbeitenden Klassen und Enteignung der kleineren Besitzer, auf Herabdrückung der Bauern und kleinen Gewerbsleute in die Klasse des Proletariats oder der besitzlosen arbeitenden Volksmassen hinauslaufe. Diese Ansicht beruht - wie wir sehen werden - bald mehr bald minder auf Irrtum. (Seite 122 /123)

Unser Geldwesen wird, kurz gesagt, so behandelt, als wenn nicht das Geld da wäre Umwillen der Produktion, der Wohlfahrt, und der Menschen, sondern als wenn die Produktion, die Wohlfahrt und die Menschen nur ein Mittel im Dienste des Geldes wären. Das Geld wird also zum Zweck und Herrscher, ja zum Götzen Moloch erhoben, dem Menschenopfer, Menschenwohl in unübersehbarer großer Menge täglich dadurch gebracht werden, daß wir die Produktion als Verfahren betrachten, aus je 100 Thaler Wert mehr als je 100 Thaler zu machen und den Unternehmungen die Pflicht auflegen, nicht etwa möglichst viel, möglichst gute Sachen oder Dienste zu erzeugen, sondern vorausbestimmte feste Kapital- und Zinssummen abzuliefern. In unserem Geschäftsleben dreht sich alles um bestimmte Geldzahlungen und um die Möglichkeit für Geld mehr Geld zu liefern, aus Geld mehr Geld zu machen, hingegen kommen Arbeit, Produktion, Wohlfahrt u.s.w. nur soweit in Betracht, als sie dazu taugen, aus je 100 Thaler mehr als 100 Thaler zu machen. (Seite 196)

Das geordnete Geldwesen und der Geldumlauf eines Staates ist von Schriftstellern treffend mit der Zirkulation des Blutes im menschlichen Körper verglichen worden, denn je geregelter das Geldwesen eines Wirtschaftskörpers ist, desto erfolgreicher wird sich das gesamte Wirtschaftsleben entwickeln und desto weniger sind Störungen in diesem Organismus zu befürchten.

Der Schwerpunkt eines geregelten Geldwesens ist aber darin zu suchen, daß die geldwerbende Wirtschaft dem anlagebedürftigen Kapital leicht und rasch begegnet und sich somit der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf allen Punkten regelmäßig und mühelos vollzieht. Jede Störung in diesem Ausgleichsbedürfnis zwischen Geldsucher und Geldgeber wird

auch eine Störung im Verkehr hervorrufen, indem einerseits die geldbedürftige Produktion durch den Mangel an Barmitteln zur Einschränkung gezwungen und damit die Produktionskraft des Landes vermindert wird, andererseits aber das anlagesuchende Kapital dorthin und damit häufig ins Ausland abfließt, wo es rascheres und lohnenderes Unterkommen findet.

Es wird daher als die oberste Aufgabe der Organisation des Geldumlaufes zu betrachten sein, daß in einer dem Bedürfnis entsprechenden Zahl einerseits Anstalten getroffen werden, welche eine leichte und regelmäßige Begegnung zwischen Angebot und Nachfrage nicht nur der Tauschmittel - also des Geldes - sondern überhaupt aller verkehrsfähigen Güter (Waren) vermitteln und dadurch den gesamten Verkehr regeln, andererseits aber Anstalten ins Leben gerufen werden, welche als vermittelndes Glied in der Weise auftreten, daß sie sowohl das Zahlungsgeschäft besorgen, d. h. die Zahlungsausgleichung erleichtern und vereinfachen, als auch anlagesuchendes Kapital jederzeit aufnehmen und es der geldbedürftigen Produktion (Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft) leicht und mit möglichst wenig Umständlichkeiten zugehen lassen. Einrichtungen der ersten Art sind die Börsen, jene der letzteren Art die Banken und Kreditinstitute. (Seite 411)